

Steuerstandort Osteuropa

Keine Unternehmensteuern in Estland

Die EU-Osterweiterung wird den Steuerwettbewerb in der Gemeinschaft intensivieren. Denn sowohl bei der Einkommen- wie auch bei der Körperschaftsteuer haben einige Beitrittsländer zu Beginn des Jahres 2004 ihre oft schon niedrigen Tarife nochmals massiv gekappt – oder sie planen es für die nahe Zukunft. So hat die slowakische Regierung zum Jahresanfang den Körperschaft- und Einkommensteuersatz auf einheitlich 19 Prozent verringert und damit eine Flat Rate eingeführt. Polen hat den Tarif der Körperschaftsteuer von 27 Prozent in 2003 auf jetzt 19 Prozent gesenkt; Ungarn will den Satz sogar auf 12 Prozent reduzieren. In Estland müssen Unternehmen auf einbehaltene Gewinne schon jetzt überhaupt keine Steuern zahlen.

Die niedrigen Steuersätze bringen den neuen EU-Ländern Standortvorteile und dürften ihnen über höhere Investitionen und ein stärkeres Wachstum längerfristig sogar höhere Steuereinnahmen bescheren. Diese wären vielerorts mehr als willkommen, bleiben die Staatseinnahmen doch bislang oftmals hinter den Staatsausgaben zurück. Zwar treten die mittel- und osteuropäischen Staaten vor allem bei den sozialen Leistungen auf die Bremse. Dennoch beliefen sich die Staatsausgaben in der Tschechischen Republik zuletzt auf 51 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP), die Einnahmen des Fiskus aber nur auf 43 Prozent. Ähnliche Missverhältnisse lassen sich für Polen (46 zu 41 Prozent) und Lettland (46 zu 43 Prozent) feststellen.

Ralph Brügelmann, Winfried Fuest: Die öffentlichen Finanzen der EU-Beitrittskandidaten, in: iw-trends 1/2004

Gesprächspartner im IW: Ralph Brügelmann, Telefon: (0 30) 2 78 77-1 02
Prof. Dr. Winfried Fuest, Telefon: (02 21) 49 81-7 52



Andere haben schon eine Flat Rate

Nicht allein niedrigere Löhne lokalen Investoren nach Osteuropa. Auch attraktive Steuersätze entfalten ihre Wirkung. Und worüber die Deutschen sich noch die Köpfe heiß diskutieren, ist in den baltischen Staaten längst Realität – eine Flat Rate in der Einkommensteuer.*)

Vierzig Jahre Sozialismus prägen, sollte man meinen. Doch während in den früheren Zentralverwaltungswirtschaften der Staat alles regelte, hält er sich in den jungen Marktwirtschaften nunmehr vornehm zurück. In fast allen EU-Beitrittsländern betragen die öffentlichen Ausgaben deutlich weniger als 50 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP), zum Teil nicht einmal 40 Prozent. Nur zwei Länder – die Tschechische Republik und Ungarn – übertreffen den EU-Durchschnittswert von 48 Prozent.

Auf die Ausgabenbremse treten die Staaten vor allem bei den sozialen Leistungen, obwohl die Folgen des Transformationsprozesses noch immer große Löcher in die öffentlichen Kassen reißen. Außerdem müssen die Beitrittsländer längst nicht so hohe Zinsausgaben schultern wie die alten EU-Mitglieder – macht doch der Schuldenstand oft nicht einmal 30 Prozent des jeweiligen BIP aus (EU-15: 64 Prozent).

Insofern scheint es, als sei die Welt jenseits des früheren Eisernen Vorhangs durchweg in Ordnung. Ist sie aber nicht. Denn die Staatseinnahmen bleiben – außer in Bulgarien und Estland – hinter den Ausgaben zurück. So beliefen sich die Staatsausgaben in Lettland zuletzt auf 46 Prozent der Wirtschaftsleistung, die Einnahmen des Fiskus aber nur auf 43 Prozent. Ähnliche Missverhältnisse lassen sich auch für Polen (46 zu 41 Prozent des BIP) und die Tschechische Republik (51 zu 43 Prozent) feststellen.

Die fehlenden Mittel beschaffen sich die Regierungen über Kredite – es werden meist mehr Schulden gemacht, als Brüssel erlaubt. Während EU-weit die öffentliche Neuverschuldung im Jahr 2003 bei 2,7 Prozent des BIP lag, wurde in der Tschechischen Republik ein Spitzenwert von 8 Prozent erreicht. Aber auch Ungarn (5,4 Prozent) und die Slowakische Republik (5,1 Prozent) sind alles andere als Musterknaben.

Lediglich Estland und das noch in Beitrittsverhandlungen stehende Bulgarien konnten im vergangenen Jahr einen ausgeglichenen Haushalt vorweisen.

Damit sind allenthalben erhebliche Anstrengungen zur Haushaltskonsolidierung notwendig. In solchen Fällen liebäugeln Politiker gerne mit Steuererhöhungen, zumal die Steuereinnahmen in den mittel- und osteuropäischen Staaten – gemessen am BIP – um rund 5 bis 6 Prozentpunkte niedriger ausfallen als im EU-Durchschnitt (27 Prozent). In

Polen zum Beispiel betrug die Steuerquote zuletzt nur 22,5 Prozent. Vor allem das vergleichsweise niedrige Aufkommen der Steuern auf Einkommen und Vermögen sorgt für Ebbe in der Kasse. Während in der EU diese Steuern den Staatssäckel zur Hälfte füllen, bekommt etwa der polnische Finanzminister nur jeden dritten Zloty aus dieser Quelle.

Falsch wäre es jedoch, das Kind mit dem Bade auszuschütten und kräftig an der Steuerschraube zu drehen. Denn die niedrigen Steuersätze bei den Einkommen- und Unternehmensteuern bringen den Beitrittsländern eindeutige Vorteile im internationalen Standortwettbewerb (Grafik) – und damit über kurz oder lang höhere Steuereinnahmen.

Das sieht man von Prag über Warschau bis hin nach Budapest genauso – und hat im Bereich der Ertragsbesteuerung eine ambitionierte Standortoffensive eröffnet – und damit den Druck auf die westlichen Nachbarn, Ähnliches

zu tun, erhöht. Denn sowohl bei der Einkommen- als auch bei der Körperschaftsteuer haben einige Beitrittsländer Anfang 2004 ihre Tarife nochmals massiv gekappt – oder sie planen es für die nahe Zukunft:

- **Die slowakische Regierung** hat mit Beginn des Jahres 2004 die Körperschaft- und Einkommensteuer auf einheitlich 19 Prozent verringert und damit eine Flat Rate eingeführt.
- **Polen** hat den Tarif der Körperschaftsteuer von 27 Prozent im Jahr 2003 auf jetzt 19 Prozent gesenkt.
- **Ungarn** will bei der Körperschaftsteuer weiter reduzieren – auf 12 Prozent.
- **Die Tschechische Republik** beabsichtigt, bis spätestens 2006 die Körperschaftsteuer auf 24 Prozent abzusenken.

Mittel- und Osteuropa: Attraktive Steuersätze in Prozent im Jahr 2003		
	Einkommensteuerspitzenatz	Tarifliche Steuerbelastung von Unternehmen
Tschechische Republik	35,0	31,0
Polen	40,0	27,0
Rumänien	40,0	25,0
Slowakische Republik	38,0	25,0
Slowenien	50,0	25,0
Bulgarien	29,0	23,5
Ungarn	40,0	18,0 bis 20,0
Lettland	25,0	19,0
Litauen	33,0	15,0
Estland	26,0	0
Zum Vergleich: Deutschland	51,2	40,0

Tarifliche Steuerbelastung von Unternehmen: Kapitalgesellschaften bei Gewinnthesaurierung
Ursprungsdaten: Bundesfinanzministerium, International Bureau of Fiscal Documentation
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

* Vgl. Ralph Brügelmann, Winfried Fuest: Die öffentlichen Finanzen der EU-Beitrittskandidaten, in: iw-trends 1/2004